



ASIEN/SÜDKOREA - Erzbischof von Seoul: „Die koreanische Halbinsel muss von Atomwaffen und Atomkraft befreit werden“

Seoul (Fidesdienst) – Angesichts des Stillstandes und der Spannungen in den Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea, „müssen Bemühungen um Dialog dringend gefördert werden“. Dabei vertrete die katholische Kirche folgende These: „Die koreanische Halbinsel muss von Atomwaffen und Atomkraftwerken befreit werden und dieses Ziel muss auf einem friedlichen Weg erreicht werden“. In einem Appell, der dem Fidesdienst vorliegt äußert sich Erzbischof Yeom Soo-jung, wenige Tage nach Amtsantritt der neuen Präsidentin Park Geun-hye zu den Beziehungen zwischen beiden Teilen Koreas und zur Lage des Landes.

„Als Erzbischof von Seoul bin ich auch Apostolischer Administrator von Pjöngjang“, so der Erzbischof, „Deshalb muss sich unsere Kirche auch der Probleme der Kirche in Nordkorea annehmen. Ich glaube, dass der wichtigste Aspekt der Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea der Aufbau des gegenseitigen Vertrauens ist, damit weitere Konflikte verhindert werden können. Die Kirche wird dafür beten und versuchen Gesten der Solidarität umzusetzen. Die Lösung des Konflikts zwischen den beiden Teilen Koreas ist der Dialog. Unterdessen leistet unsere Diözese im Rahmen humanitärer Programme bereits Hilfe in Nordkorea. Der koreanischen Kirche liegt die Bevölkerung in Nordkorea und die Evangelisierung des Landes besonders am Herzen. Dabei vertrauen wir auf Gott“.

Zur politischen und sozialen Lage in Südkorea betont der Erzbischof: „Die politische Lage in Südkorea war etwas schwierig. Nach einer Zeit der Gegensätze zwischen den Parteien glaube ich, dass diese Streitigkeiten beigelegt werden können. Unser Volk ist fleißig, seriös und optimistisch: wir geben auch unter schwierigen Umständen die Hoffnung nicht auf. Seit dem 25. Februar hat Südkorea erstmals mit Park Geun-Hye, erstmal eine Frau als Staatsoberhaupt. Das Land wünscht sich, dass die Präsidentin ihre Versprechen einhält und aus Korea ein friedliches Land macht. Die dringlichsten Probleme sind die Wirtschaftskrise und die vielen Menschen mit niedrigem Einkommen“. (PA) (Fidesdienst, 06/03/2013)